

II-5036 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM

FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 17. April 1979  
Stubenring 1  
Telephon 57 56 55

Zl. IV-50.004/31-1/79

2376/AB

1979-04-23

zu 2443/J

## B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dipl.Ing. RIEGLER  
und Genossen an die Frau Bundesminister für  
Gesundheit und Umweltschutz betreffend allge-  
meine Zulassungsverordnung gemäß Lebensmittel-  
gesetz (Nr. 2443/J-NR/1979)

In der gegenständlichen Anfrage werden an mich  
folgende Fragen gerichtet:

- "1) Warum wurde die Empfehlung des Ausschußberichtes  
bzw. die Zusage gegenüber dem Ausschuß über die  
allgemeine Zulassungsverordnung nicht einge-  
halten?
- 2) Wurde über die Abänderung der Vorgangsweise mit  
den Mitgliedern des parlamentarischen Unteraus-  
schusses das Einvernehmen hergestellt?
- 3) Beabsichtigen Sie, die allgemeine Zulassungsver-  
ordnung wenigstens jetzt vor den übrigen Zusatz-  
stoffverordnungen zu erlassen?
- 4) Bis wann ist mit einem Entwurf für eine allge-  
meine Zulassungsverordnung zu rechnen?"

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Das Lebensmittelgesetz 1975 geht davon aus, daß für  
Zusatzstoffe das Verbotprinzip eingeführt wird, wenn in  
Erfüllung des § 81 Abs. 3 lit. a der Bundesminister für  
Gesundheit und Umweltschutz jeweils die entsprechende Zu-  
satzstoffverordnung erlassen hat.

- 2 -

In diesem Zusammenhang bestimmt § 81 Abs. 3 lit.a IMG 1975, daß nachstehende Vorschriften erst mit dem Wirksamwerden der angeführten Verordnungen in Kraft treten:

"a) die Bestimmungen der §§ 11 sowie 12 Abs. 2 und 3 hinsichtlich Konservantien, Farbstoffe, Antioxidantien, Geruchs- und Geschmacksstoffe einschließlich der Lösungsmittel, hinsichtlich der Emulgatoren, Stabilisatoren und Verdickungsmittel, künstlicher Süßstoffe, Vitamine, Enzym-Präparate, hinsichtlich der allgemein (§ 12 Abs. 1 lit.a) als zulässig geltenden Zusatzstoffe sowie der sonstigen Zusatzstoffe durch Katalogisierung der Stoffe in einer der angeführten Gruppen sowie Aufzählung der Lebensmittel, bei denen sie verwendet werden dürfen, und der hiefür maßgebenden Bedingungen mit Verordnung nach § 12 Abs. 1."

Der Ausschlußbericht hat zu § 81 IMG 1975 unter anderem folgendes zum Ausdruck gebracht:

"Darüber hinaus wird erwartet, daß der generellen Regelung im Verordnungsweg gegenüber detaillierten Spezialvorschriften auch zeitlich der Vorrang zukommt."

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hat nach Inkrafttreten des IMG 1975 sofort mit den fachlichen Vorarbeiten zur Vorbereitung der Verordnungen, insbesondere der Zusatzstoffverordnungen, begonnen. Dabei hat sich gezeigt, daß gewichtige fachliche Gründe dagegen sprechen, als erstes eine allgemeine, das heißt umfassende Zusatzstoffverordnung zu erlassen. Diese Meinung wurde von allen maßgeblichen Kreisen - sowohl von den Experten aus der Lebensmittelkontrolle als auch der Wirtschaft und der Konsumentenschaft - geteilt. Nach allgemeiner Ansicht erscheint es zweckmäßig, die Zusatzstoffregelungen in überschaubaren Sachbereichen zu treffen.

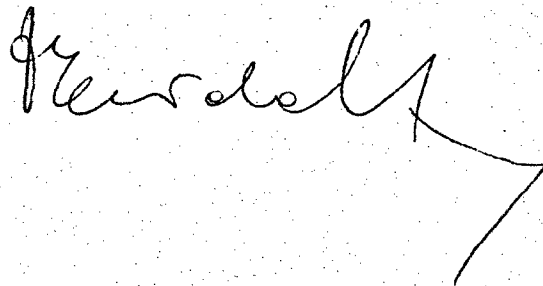
- 3 -

In Anbetracht dieser Situation hat das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz in der Folge im Zusammenwirken mit den einschlägigen Fachleuten unter Bedachtnahme auf den jeweiligen gesicherten Stand der Wissenschaft und der Technologie Verordnungen über die Verwendung von Zusatzstoffen auf den einzelnen Teilbereichen erlassen bzw. die Arbeiten an solchen Regelungen in Angriff genommen.

Bisher wurden die Konservierungsmittelverordnung und die Antioxidantienverordnung erlassen. Die Verordnung über Farbstoffe und die Verordnung über Emulgatoren, Stabilisatoren und Verdickungsmittel stehen unmittelbar vor der Kundmachung im Bundesgesetzblatt.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß ich die Gründe für ein solches Vorgehen auch Vertretern der politischen Parteien, welche an den seinerzeitigen Beratungen über das LMG 1975 im parlamentarischen Unterausschuß maßgebend teilgenommen haben, eingehend dargelegt habe. Die Vorgangsweise des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz wurde zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Kersch', followed by a long, sweeping horizontal line that extends to the right.